



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Mai 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

P 606 Postulat Setz Isenegger Melanie und Mit. über die Prüfung einer flächendeckenden Einführung von Tagesschulen im Kanton Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Melanie Setz Isenegger hält an ihrem Postulat fest.
Lisa Zanolla beantragt Ablehnung.

Melanie Setz Isenegger: Was in anderen Ländern und Kantonen schon länger gang und gäbe ist, steckt im Kanton Luzern nach wie vor in den Kinderschuhen: verbindliche und qualitativ hochstehende Tagesstrukturen für Kindergarten- und Schulkinder. Obwohl die meisten bestimmt schon von den vielfältigen Vorteilen einer familienexternen Betreuung und von Tagesschulen gehört haben, hat im Kanton die Fremdbetreuung von Kindern einen schlechten Ruf. Das Bedürfnis ist zwar vielerorts vorhanden, lieber organisieren sich die Familien aber selber, sei es in der Familie oder in der Nachbarschaft. Die Frage der Betreuungsqualität wird dabei als sekundär betrachtet. Was führt zu einer grossen Skepsis gegenüber den Tagesschulen? Die Ursachen sind aus meiner Sicht verschieden: So sind die Arbeitszeiten der Eltern zu lange. Entsprechend verständlich ist, dass viele in Teilzeit arbeiten, damit sie zumindest ab und an Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Einige befürchten, mit Tagesschulen den persönlichen Austausch mit ihren Kindern zu vernachlässigen. Die Schulzeiten respektive die Stundenpläne sind seit Jahren fast unverändert geblieben: Morgen, Mittag, Nachmittag. Der Mittag ist hierbei so lange ausgestaltet, dass es den meisten Kindern möglich ist, nach Hause zu gehen und sich die Familien daran gewöhnt haben, zusammen zu Mittag zu essen. Der Mittwochnachmittag ist traditionell schulfrei. Die Gründe dafür sind unbekannt, jedoch ist diese Institution tief in uns verankert. Tagesstrukturen sind aus Sicht der Eltern zu teuer und zu unflexibel, und es existieren keine oder dann unterschiedliche Qualitätskriterien. Dies schreckt Eltern aus allen sozialen Schichten ab. Lieber organisieren sie sich privat, als schon Anfang Jahr die Betreuung für das nächste Schuljahr zu planen und für ein Mittagessen mehr zu bezahlen als in einem guten Restaurant. Für diese aktuellen Schwierigkeiten bei den Rahmenbedingungen gäbe es aber aus Sicht der SP-Fraktion Lösungen, beispielsweise eine Anpassung der Arbeitszeiten im Allgemeinen. Wenn die tägliche Arbeitszeit von Eltern mit regelmässigen Tätigkeiten etwas kürzer wären, bliebe noch genügend Familienzeit am Nachmittag. Stundenpläne könnten so ausgestaltet werden, dass der Mittag verschoben und verkürzt wird sowie der Unterricht auch am Mittwochnachmittag stattfinden könnte. Nur sind selbst diese Bedingungen weder in der Schweiz noch im Kanton Luzern erfüllt. Es fehlen aus Sicht der SP auch ein klares Bekenntnis und ein Wille der Verantwortlichen im Kanton und in den Städten und Gemeinden für Tagesschulen. Neben der gesellschaftlichen Skepsis fehlen also im Kanton Luzern auch einige Voraussetzungen für gelingende Tagesschulen. Es ist aber dringend an der Zeit, dies anzupacken und so für Chancengerechtigkeit, eine bessere

Vereinbarkeit von Arbeit und Familie oder auch zur Verminderung von Familienarmut durch Teilzeitpensen beizutragen. Das Argument des Regierungsrates und teilweise auch von Gemeindevertreterinnen, es gebe keinen Bedarf für Tagesschulen, basiert wohl eher auf den eingangs erwähnten Gründen für das Unbehagen gegenüber den Tagesschulen. Zudem ist beispielsweise die viel zitierte Evaluation der Stadt Luzern zu den verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten teilweise sehr tendenziös geschrieben, Bedürfnisse wurden nur teilweise abgefragt, und das Resultat war zu erwarten. Wie erwähnt gibt es wohl nicht keinen Bedarf, die Eltern kennen wohl einfach nichts anderes, und es fehlen zufriedenstellende Möglichkeiten und Beispiele. Die SP-Fraktion hält an der vollständigen Überweisung des Postulats fest, weil es sich vorerst nur um einen Prüfauftrag handelt und nicht alle Kinder ab dem nächsten Schuljahr in eine Tagesschule müssen. Für Ihre Zustimmung dazu danke ich sehr. Falls Ihnen dies heute noch zu radikal ist, bitte ich Sie, das Postulat nicht abzulehnen – wie von der SVP-Fraktion beantragt –, sondern wenigstens wie vom Regierungsrat empfohlen teilweise zu überweisen, damit in leider nicht allzu naher Zukunft alle Kinder und Eltern im Kanton Luzern von einer durchgehenden Betreuung und Förderung vom Vorschulbereich bis zu den höheren Schulstufen profitieren können.

Lisa Zanolla: Das Postulat verlangt die Prüfung einer flächendeckenden gebundenen Tageschule im Kanton Luzern. Dies hat zur Folge, dass alle Lernenden eine Tageschule besuchen müssten. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat entschieden ab und möchte auch in Zukunft im Kanton Luzern keine obligatorische Tageschule. In der Stellungnahme zeigt die Regierung, dass die stetig stark ansteigenden Anmeldezahlen eine zunehmende Professionalisierung der Tagesstrukturen erfordern. Die Dienststelle Volksschulbildung ist derzeit daran, weitere Arbeitsinstrumente für Leitende und Betreuende in Tagesstrukturen zu erarbeiten. Ein erweiterter Bedarf in die Richtung einer flächendeckenden gebundenen Tageschule kann derzeit im Kanton Luzern nicht festgestellt werden, wie der Bericht zur Evaluation additive Tagesschulen in der Stadt Luzern vom 8. September 2020 zeigt. In den additiven Tagesschulen können die Eltern wählen, welche Betreuungsangebote sie beanspruchen wollen. Diesem Modell geben die Eltern in der Befragung gegenüber dem integrierten und einem abgestuften Modell eindeutig den Vorzug. Man kann gar von einem Erfolgsmodell sprechen. Die SVP-Fraktion kann nicht nachvollziehen, dass nun auch der bürgerliche Regierungsrat diese Ideologie mittragen und weiterverfolgen will. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Claudia Huser: Es handelt sich hier nur um eine Prüfung, und schon dies wollen Sie verhindern. Der Bericht über die Kinderbetreuung ist ja in Arbeit. Da wäre es doch einfach, diesem eine Ergänzung hinzuzufügen. Der Regierungsrat argumentiert aufgrund einer Umfrage in einer Gemeinde, der Stadt Luzern, dass im ganzen Kanton kein Bedarf bestehe. Diesen Schluss können wir so leider nicht gelten lassen, denn die Begründung ist nicht aussagekräftig, besteht doch bei solchen Bedarfsumfragen ein grundsätzliches Problem: Fragen sie heute die Mütter oder Väter, ob sie eine Kinderbetreuung benötigen würden, so wird der Bedarf als gering erscheinen, denn diese Frauen und Männer mussten sich bereits organisieren und haben dabei eventuell auf eine Erwerbstätigkeit oder ein höheres Pensum verzichtet. Dies ist jedoch nicht das, was wir für einen zukunftsgerichteten Kanton brauchen. Unsere Wirtschaft ist in einem KMU-geprägten Kanton auf Zuverlässigkeit angewiesen. Wir brauchen Frauen und Männer, die ihren Beitrag leisten können, und wir wollen ja auch, dass in unserem Kanton nicht nur gewohnt, sondern auch gearbeitet wird. Aus meinem Umfeld höre ich – sie verstehen, dass ich die Namen zu den Zitaten nicht nenne –, dass in diesem sogenannten Erfolgsmodell der additiven Tagesschulen in der Stadt Luzern sich die Eltern mittlerweile so organisieren, dass sie ihre Kinder an drei Tagen für das Mittagessen anmelden, denn dann werden ihnen die Plätze zugesichert; wenn sie sich dann aber kurzfristig wieder abmelden, weil sie doch nur ein Mittagessen benötigen, dann muss ich einfach sagen, dass hier die Stadt Luzern nicht ein Modell geschaffen hat, welches wirklich verbindlich ist, damit Eltern bereits im Mai wissen, wann ihr Kind im Herbst wirklich betreut wird und sie dies mit dem Arbeitgeber koordinieren können. Dies ist doch weder effizient noch modern. Auch wenn ich stolz bin, Stadtluzernerin zu sein, geht es für mich leider in die

falsche Richtung, wenn man für ein paar wenige die Mittagszeiten anpasst, welche musizieren gehen, und es so im Gegenzug für die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern noch schwieriger macht beziehungsweise dass sich die KMU auf diese verlassen können. Mein Patenkind wohnt in der Stadt Zürich, und es wird ab nächstem Jahr in die Tagesschule gehen. Es ist nicht so, dass es dies müsste, sondern die Eltern werden gefragt, ob sie sich anmelden wollen. Falls sie das wollen, gehen die Kinder an den vier Mittagen zu den Mittagessen. Sie können sich aber auch abmelden und über Mittag nach Hause gehen. Diese Wahl besteht, jedoch ist es für die Erwerbstätigkeit eine grosse Erleichterung, wie ich das von meiner Schwester bestätigen kann, weil sie so ihr Pensum erhöhen können. Sie wird somit auch mehr Steuern zahlen und ihren Beitrag erhöhen. Ich wünsche mir für unseren Kanton, dass wir ein zukunftsgerichtetes Modell finden. Dazu sind eine Prüfung und eine Ergänzung des Kinderbetreuungsberichtes das Richtige. Bitte überweisen Sie das Postulat.

Karin Stadelmann: Damit wir – Frauen und Männer – die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Karriere besser hinbekommen und wir uns auch dem Fachkräftemangel widmen können und diesen eben entschärfen, braucht es Schulen mit Tagesstrukturen, und ja, zukünftig womöglich auch mehr Tagesschulen. Aktuell können im Kanton Luzern die Gemeinden entscheiden, wie sie ihre Angebote im Bereich der Tagesstrukturen ausgestalten und entwickeln. Es ist somit eine bedarfsgerechte und nachfrageorientierte Ausgestaltung. Dies zeigt, dass die Tagesstrukturen gut funktionieren und gewollt sind und die Eltern die Freiwilligkeit erhalten wollen. Die Eltern wollen aber auch die Wahlfreiheit, und Wahlfreiheit könnte in Zukunft auch bedeuten, sich aktiv abzumelden anstatt sich aktiv anzumelden. Das Modell Tageschule ist ein wichtiges und zukunftsorientiertes Modell. Wenn diese Form der Schule aber in Zukunft eben mit einem pädagogischen Konzept umgesetzt wird, also nicht nur mit Blick auf formale Lerninhalte, sondern auch mit Blick auf die Förderung und Stärkung von Sozialaspekten, der Freizeit und der Betreuung, dann kommen wir in die Nähe von Tagesschulen. Der Bedarf ist sicherlich da, aber ob er im Kanton Luzern bereits jetzt schon da ist, scheint gemäss der immer wieder zitierten Studie offensichtlich nicht so zu sein. Persönlich hoffe ich nicht, dass wir mit einer Umsetzung von weiteren Tageschulen bis 2035 warten müssen. Ich wünsche mir nämlich persönlich Vereinbarkeit mit Kindern, beruflicher Karriere und Politik, und dies für Mann und Frau. Ich hoffe, die Regierung schaut mit einem fachlichen Auge nach Zürich, wenngleich Luzern sicherlich viel schöner ist. In Zürich werden bereits bis 2025 flächendeckend Tagesschulen und das Prinzip der Abmeldung eingeführt. Ich denke, wir können da für uns einiges Aufschlussreiches herausziehen. Der Stellungnahme der Regierung ist zu entnehmen, dass sie sich einer Weiterentwicklung nicht verschliesst, diese aber aktuell im Rahmen der Schulentwicklung 2035 in Aussicht stellt und dies auch prüft. Unter dieser Prämisse unterstützt die Mitte-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung des Postulats, wenngleich ich mir persönlich gewünscht hätte, dass wir etwas mutiger hätten sein können.

Gertrud Galliker-Tönz: Die G/JG-Fraktion dankt Melanie Setz Isenegger, dass sie das wichtige Thema der flächendeckenden Einführung von Tagesschulen aufgenommen hat. Der Regierung danken wir für die Stellungnahme, welcher klar zu entnehmen ist, dass auch das Bildungs- und Kulturdepartement die bildungspolitische Relevanz dieses Anliegens sieht. In diesem Postulat geht es nicht um die flächendeckende Einführung von Tagesschulen, sondern darum, zusammen mit den Gemeinden die Einführung im ganzen Kanton zu prüfen. Tagesschulen entsprechen, wie eben gehört, einem Bedürfnis der heutigen Gesellschaft. Wir können das Rad nicht zurückdrehen und müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Familienalltag heute eine völlig andere Prägung hat. Familien mit einer Person, die das Geld nach Hause bringt (meistens der Mann) und einer Person, die zu Hause die Kinder, den Garten und die verdienende Person um- und versorgt (meistens die Frau), gibt es immer seltener, dies schon deshalb, weil ein Gehalt meistens nicht ausreicht, um die Kosten für eine Familie zu decken, aber auch, weil es nicht sein kann, dass eine Person ihre ganze berufliche Tätigkeit nicht mehr ausübt und ihre ganze Ausbildung nicht mehr anwenden kann. Tagesschulen sind eine patente Sache, weil sie für bildungs-, wirtschafts- und

familienpolitische Themen Lösungsansätze bieten. Tagesschulen ermöglichen, dass beide Elternteile einer Berufstätigkeit nachgehen können. Wir brauchen unsere mittlere Generation dringend in der Arbeitswelt, auch jene Personen, die eine Familie haben. Tagesschulen leisten einen Beitrag an die Integration, an das gemeinsam geführte Verbringen von Zeit über den Unterricht hinaus und wirken sozialisierend und integrierend. Tagesschulen ermöglichen begabten Kindern eine besondere Förderung, weil während der Anwesenheit über einen Tag mehr Diversifizierung möglich ist. Tagesschulen fördern nachweislich die Schulqualität und die Chancengerechtigkeit. Diese Liste könnte noch weiter fortgesetzt werden, sie reicht aber bereits aus, um den Stellenwert des Postulats zu unterstützen. Ich empfehle Ihnen, das Postulat erheblich zu erklären.

Rosy Schmid-Ambauen: Das Angebot der Tagesschulen ist wertvoll und wichtig. Die Gemeinden müssen dieses Angebot bedürfnisgerecht anbieten und dabei auch die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen. Die kantonale Erhebung von 2019 hat ein gutes Bild ergeben. Daraus konnten elf Entwicklungsempfehlungen abgeleitet werden, und drei davon hat die Regierung mit Schwerpunkten aufgenommen. Dazu gehören die gezielte Sprachförderung, die Erhöhung des Kantonsbeitrags für die Betreuung von Lernenden mit besonderen Bedürfnissen und die Bereitstellung von Dokumenten für die Personalführung bei der Beurteilung und Förderung von Betreuungspersonen. Das Postulat verlangt die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen. Der Bedarf ist nicht gegeben oder vielleicht auch noch nicht gegeben. Jedoch findet auch die FDP-Fraktion die Weiterentwicklung der Tagesstrukturen und das Schritthalten mit der gesellschaftlichen Entwicklung sehr wichtig und unterstützt daher die teilweise Erheblicherklärung der Regierung.

Melanie Setz Isenegger: Ich danke meinen Vorrednerinnen der GLP, der Mitte und der Grünen für die Unterstützung und die wertvollen zusätzlichen Inputs. Bezogen auf die sogenannte Ideologie, welche wir hier mit diesem Vorstoss vorgeben würden, möchte ich anfügen, dass das Bundesgericht wiederum einen wegweisenden Entscheid gefällt hat, wonach auch die Frauen in Zukunft angehalten sind, wieder Arbeiten zu gehen, um so ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Es darf doch nicht sein, dass wir mit unseren bestehenden Strukturen dermassen hinterherhinken. Es ist keine Ideologie und auch nicht unbedingt ein moderner Schritt, sondern einfach nur eine zeitgemässe Weiterentwicklung der Familienstrukturen.

Urban Sager: Vielen Dank an Claudia Huser für ihr Votum, denn sie spricht genau das grosse Grundproblem an, wenn wir in diesem Zusammenhang von Bedarfsgerechtigkeit sprechen: Wenn sie heute und jetzt Eltern nach ihrem Bedarf fragen, dann bekommen sie eine Antwort von Eltern, die sich innerhalb der gegebenen Situation arrangiert haben. Ich kann aus meinem Umfeld berichten oder auch von mir selber; wenn ich jetzt nach dem Bedarf gefragt werde, dann gebe ich zwei Tage pro Woche an, dies weil wir uns so organisiert und unsere Arbeitspensen entsprechend reduziert haben, weil wir meine Eltern einspannen und eben an zwei Tagen noch eine Betreuung brauchen. Das ist der aktuelle Bedarf. Wenn ich aber mehr Möglichkeiten geboten respektive auch eine ganz andere Qualität bekomme, dann ändert sich natürlich mein Bedarf. Wir fragen hier schlicht von der falschen Seite. Wenn Sie nun das Argument bringen, dass der Bedarf nicht gegeben sei, dann werden wir auch 2035 noch nicht dort sein. Da stellt sich mir schon die Frage, Karin Stadelmann von der Mitte, was nun genau an diesem Postulat fehlen oder was zu viel drin sein soll, damit es nur teilweise erheblich erklärt werden soll. Ich finde dein Votum super, es geht ja sogar noch weiter, indem du 2035 als zu spät erwähnst und sagst, es gehe darum, soziales Lernen und erweiterte Kompetenzen in die Tagesstrukturen zu integrieren. Das müssen wir unbedingt. Da sind wir von unserer Seite alle sofort dabei. Dann allerdings ist der Schluss daraus, dass es die Regierung schon gut macht und man eventuell doch noch etwas mutiger sein könnte. Dann bitte ich Sie, doch jetzt und heute mutiger zu sein und auf das Plus statt auf das Minus zu drücken.

Karin Stadelmann: Geschätzter Kollege Kantonsrat Urban Sager, ja, persönlich werde ich mutiger sein, aber es gibt nun einmal auch gewisse Vorbehalte bezüglich der Wahlfreiheit.

Es gibt einfach Eltern, die möchten sich die Wahlfreiheit erhalten. Ich respektiere dies, wenngleich ich dafür plädiere, dass wir mutiger voranschreiten sollten.

Priska Häfliger-Kunz: Man hat bereits die Wahl. Es gibt bereits Tagesstrukturen, welche mit den Vorgaben der Dienststelle Volksschulbildung gute Rahmenbedingungen haben und für deren Qualität ich mich einsetze und wehre. Zu den Vorgaben gehört beispielsweise, dass Schulkinder von morgens um sieben bis abends um sechs durch familienergänzende Tagesstrukturen zu betreuen sind. Hier nimmt man schon ganz viel auf, indem man den Familien sehr entgegenkommt, damit sie ihre Familienarbeit mit dem Berufsleben verbinden können. Es ist also nicht korrekt, wenn man sagt, es gebe heute keine qualitativ guten Tagesstrukturen. Mit diesen kann man viele Bedürfnisse von Erziehungsberechtigten abholen.

Jasmin Ursprung: Ich habe die bisherige Debatte gespannt verfolgt, und dies als junge Frau, welche gegebenenfalls bald auch davon betroffen sein könnte. Ich habe in den Voten teils herausgehört, dass man schauen müsse, wo man die Kinder überall abgeben kann. Nur, aus irgendeinem Grund hat man ja Kinder. Ich habe viele Kolleginnen in meinem Alter, und diese sind gerne zu Hause und betreuen ihr Kind gerne. Sie gehen vielleicht auch in einem Teilzeitpensum zwischen 40 und 80 Prozent arbeiten. Der Mann macht dasselbe und arbeitet ebenfalls in einem Teilzeitpensum von vielleicht 60 bis 80 Prozent. An den übrigen Tagen sind sie organisiert und tun dies auch gerne, indem sie zum Beispiel eine Art privaten Club bilden, wo sie zu viert gegenseitig ihre Kinder hüten. Dies klappt wirklich super. Klar müssen sie sich organisieren, aber viele wollen das auch so. Daher ist es von mir aus gesehen falsch, dies hier vorzugeben. Ich unterstütze Lisa Zanolla in der Ablehnung.

Riccarda Schaller: Ich möchte nur ganz kurz reagieren. Diese heile Welt der Kinder, die gerne zu Hause sind, und wo sich die Mütter entscheiden können, 60 Prozent zu Hause zu sein, und der Mann arbeitet dann auch nur irgendwie 40 Prozent, ist meines Erachtens ein Privileg, welches sich nur wenige leisten können. Ich kenne jedoch viele Familien, bei welchen das Problem ganz anders gelagert ist. Da ist nämlich das Kind am Mittag allein zu Hause und macht sich mit acht Jahren das Mittagessen selber. Bei mir ist es zwar nicht so, aber wir täten gut daran, das Thema nicht so elitär als Luxusfrage zu behandeln. Wir haben ganz viele Familien in der Schweiz und im Kanton, bei welchen beide Elternteile einer Arbeit nachgehen, und dies nicht, weil sie Freude am Arbeiten haben, sondern weil sie schlicht auf beide Verdienste angewiesen sind, um hier leben zu können. Diese Leute brauchen eine Betreuung für ihre Kinder, was wir als wichtig anerkennen sollten. Ich selbst schätze ein solches Betreuungsangebot für meine Kinder natürlich auch. Im Kern geht es hier aber vor allem auch darum, dass wir eine Lösung suchen, die den Kindern zugutekommt. Da wehre ich mich einfach, wenn argumentiert wird, dass es für die Kinder viel besser sei, wenn es keine solchen Betreuungsstrukturen gebe, denn gerade solche Kinder, wie ich sie beschrieben habe, drohen dann durch die Maschen zu fallen.

Urban Sager: Ich könnte noch so viel ergänzen, aber ganz kurz: An Priska Häfliger: Selbstverständlich ist die Qualität heute auf einem guten Niveau, das ist keine Frage. Mit einem anderen Mengengerüst hat man da aber ganz andere Möglichkeiten, auch weil man dann die Kinder pädagogisch noch stärker begleiten kann. Eine Wahlfreiheit besteht auch mit diesem Vorschlag, und zwar wie im Beispiel aus Zürich, wo man sich abmelden kann. Zu Jasmin Ursprung: Es gibt eben Eltern, die haben nicht das Privileg, freiwillig entscheiden zu können, weniger zu arbeiten und so weniger zu verdienen. Da ist man dann schon etwas realitätsfern, wenn man dies als einfach so machbar darstellt. Es gibt viele Eltern, die auf eine Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind.

Rosy Schmid-Ambauen: Das Postulat verlangt eine flächendeckende Einführung von Tagesschulen. Meines Wissens ist es in keiner Gemeinde verboten, eine solche Tagesschule einzurichten.

Angela Lüthold: Ich habe gut zugehört und unterstütze die Ablehnung dieses Postulats. Es wurde nun schon viel gesprochen, und auch Priska Häfliger hat es erwähnt: Tagesschulen sind machbar, und es gibt sie schon in den meisten Gemeinden. Also hat man die Möglichkeit, ein Kind in eine Tagesstruktur zu bringen. Es gibt aber auch Familien, die

bewusst darauf verzichten, ihre Ansprüche herunterschrauben und die Betreuung ihrer Kinder selbst vornehmen wollen. Es wäre also geradezu eine Diskriminierung, wenn man diese Modelle gegeneinander ausspielt. Daher halte ich an der Ablehnung dieses Postulats fest.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Regierung bleibt bei ihrem Antrag auf teilweise Erheblicherklärung. Mit der Schulentwicklung 2035 schauen wir das Thema schon gut an. Es wurde bemängelt, 2035 sei zu spät. Dazu muss ich erwidern, dass dabei keineswegs die Rede ist von einer Schulentwicklung «vielleicht ab 2035». Man nimmt hier einmal eine Fünfzehnjahresperiode an und schaut dann, was darin alles geschieht, und selbstverständlich schauen wir das an. Ich habe hier sehr viele Beispiele gehört, die dann verallgemeinert werden: «In meiner Nachbarschaft ist jemand ...», «Ich kenne jemand ...» und «Es gibt Leute, die ...». Wir sollten da schon von etwas verlässlicheren Zahlen ausgehen. Ich habe auch gehört, dass man, wenn es ein besseres Angebot als die eigenen Eltern und die Nachbarschaft gäbe, dieses in Anspruch nähme. Mir erscheinen aber die Grosseltern oder die Nachbarschaft als ein nicht so schlechtes Angebot, und was soll daran falsch sein, wenn sich Eltern um ein Schulhaus herum selber organisieren? Jetzt zu fordern, flächendeckende Tagesschulen einzuführen – dies geografisch, wie Kantonsrätin Claudia Huser es versteht, und nicht zwangsweise für jede Familie –, bringt uns schon sehr nahe an eine Multioptionsgesellschaft. Der Staat soll bitte schön einmal flächendeckend Tagesschulen anbieten, und wir entscheiden dann, ob wir hingehen wollen oder nicht. Ohne einen mathematisch ausgewiesenen Bedarf geht das nicht auf. Zum Mittwochnachmittag: Es ist einfach zu sagen, die Kinder sollen von Montag, 8 Uhr, bis Donnerstag, 16 Uhr, in die Tagesschule gehen, und dann haben wir in der Familie von Freitag bis Sonntag frei. Das mag ja nett sein, kann aber, so glaube ich, nicht die Meinung sein, wenn ich höre, es wisse niemand, warum der Mittwochnachmittag schulfrei sei. Nun, vielleicht ist er schulfrei, weil es der Mittwoch ist, und der Mittwoch heisst so, weil er in der Mitte der Schulwoche ist und somit diese teilt. Die Antwort müssen Sie also gar nicht so weit suchen. Zu meiner Gymnasialzeit war es zwischenzeitlich einmal aus Kapazitätsgründen der Donnerstagnachmittag. Es ist doch nicht falsch, wenn Kinder lernen, sich am Mittwochnachmittag mit etwas anderem zu beschäftigen. Danach gibt es nochmals zwei volle Schultage, bevor dann das Wochenende kommt. Das ist doch gar nicht so falsch. Ich bitte Sie, dem Antrag der Regierung zu folgen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 64 zu 42 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 91 zu 20 Stimmen teilweise erheblich.